

Dr. Inge Gräßle MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

### **FFH: Europäische Kommission strebt Zwangsgeldverfahren an**

Die Ankündigung der Europäischen Kommission, das Zwangsgeldverfahren gegen Deutschland wegen unzureichender FFH-Gebietsnachmeldungen weiter voranzutreiben und Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben, hat erhebliche Auswirkungen auf die Bundesländer. Sollte Deutschland nicht bis zum 19. Februar 2006 alle angemahnten Gebiete nachgemeldet haben, sind Strafzahlungen in Millionenhöhe zu erwarten. Für die jahrelangen Versäumnisse würden dann nachträglich bis zu 790.000€ pro Tag fällig. "Baden-Württemberg hat gut gearbeitet. Wir sind nicht betroffen", so Gräßle. Die Gebietsdefizite sind vor allem in Flussmündungen von Ems, Weser, Elbe und Trave zu finden. "Das Sankt-Florians-Prinzip zahlt sich für einzelne Länder nicht aus: erst zustimmen, dann nicht umsetzen war noch nie eine gute Regel für Europapolitik. Sie müssen jetzt alles tun, um ihrer Verpflichtung nachzukommen. Wenn in diesem Stadium des Verfahrens Einzelinteressen vor dem Gesamten gehen, sind wir alle die Verlierer", stellt die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle fest.

Die Gebietsmeldungen hätten schon 2001 als besondere Schutzgebiete in rechtlich verbindlicher Form ausgewiesen werden müssen. 2003 eröffnete die Kommission bereits das erste Bußgeldverfahren, das bis Ende 2005 aufgrund von reichhaltigen Nachmeldungen von Seiten Deutschlands abgewendet werden konnte. Allerdings hat die Kommission jetzt bei den letzten Überprüfungen rund 20 Gebiete beanstandet, die nach Meinung der Kommission deutschlandweit noch Mängel aufweisen. "Die Kommission muss mit Augenmaß vorgehen und die berechtigten Interessen auch sehen", fordert Gräßle. "Eine Vielzahl von Konflikten wurde schablonenartig zu Lasten der Kommunen, der Wirtschaft und der Grundstückseigentümer entschieden. Es wäre an der Zeit, vom doktrinenhaften Vorgehen wegzukommen." Gräßle sorgt sich, dass wir "gerade erst die erste Tranche des Ärgers hinter uns haben. Die Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie und Gebietsmeldungen stehen jetzt an. Das darf nicht wieder wie bei der FFH-Meldung gehandhabt werden."

In Deutschland sind die einzelnen Bundesländer für die Gebietsmeldung der FFH-Gebiete zuständig und daher auch für die Nachmeldungen verantwortlich. Der Bund übernimmt dabei nur eine Übermittlungsfunktion. Sollte es zu einer Zwangsgeldverhängung durch den Europäischen Gerichtshof kommen, kündigte die Bundesregierung an, Regressansprüche gegenüber den jeweiligen Ländern geltend zu machen und im Zweifel sogar einzuklagen.